Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 54 (1960)

Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : die neue UNO ; Der Kampf um den Kongo ; Wer will abrüsten? ; Berlin und Deutschland ; Die Revolutionierung Lateinamerikas ; Konservatives Nordamerika

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140491

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sierte ernstzunehmende Gegenkraft vorhanden, die von dem eingeschlagenen Weg abdrängen könnte, der gerichtet ist auf Machtzuwachs im allgemeinen und auf Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete im besonderen, «mit friedlichen Mitteln» wie man heute noch sagt.

Wohin wird dieser Weg führen? Wohin *kann* er nur führen? Was es heißt, den deutschen Militarismus wieder zu beleben — darüber sollte sich niemand einer Täuschung hingeben. Man sagt, die Einordnung der Wehrmacht in die NATO sei eine Sicherheitsgarantie. Aber wer will einen deutschen General hindern, seine Truppen in Bewegung zu setzen?

So stehen wir heute in einem Wettlauf zwischen Frieden und Krieg. Churchill hat nach der Machtergreifung Hitlers davon gesprochen, daß wir nur mehr in meßbarer Entfernung vom Kriege wären. Ihn zitierend schloß Pfr. Mochalski seine Ausführungen mit der bangen Frage, ob wir uns heute nicht auch schon in solch einer «meßbaren Entfernung» vom nächsten Kriege befinden?

Die Diskussion war interessant und fruchtbar und brachte manche Ergänzung, vor allem auch die Aufhellung des Zusammenhanges zwischen der amerikanisch-russischen Spannung und dem Geschehen in Deutschland, das ja nur auf diesem Hintergrund überhaupt erst möglich wurde. *H. H.*

WELTRUNDSCHAU

Die neue UNO Den Verhandlungen und Beschlüssen der Organisation der *Vereinten Nationen* kommt sonst wohl nur eine mäßige Bedeutung zu. Mit ihrer heurigen Tagung ist es anders. Sie weist ganz offenkundig ein außerordentliches Gepräge auf — aus zwei Gründen. Einmal deswegen, weil sich Chruschtschew selber an die Spitze der sowjetischen Abordnung gestellt und dadurch nicht nur die Führer der meisten übrigen Länder des Ostblocks, sondern auch fast alle leitenden Staatsmänner der mehr oder weniger neutralen Staaten veranlaßt hat, nach Neuyork zu reisen: Nehru, Nasser, Tito, Castro, Sukarno und so fort, denen sich wohl oder übel vom Westblock wenigstens Eisenhower, Macmillan und Segni vorübergehend beigesellen mußten.* Der sowjetische Ministerpräsident nimmt mit

* Der gewollt schäbige «Empfang» des sowjetischen Ministerpräsidenten auf amerikanischem Boden und die zum Teil noch fortdauernden Schikanen, die ihm die amerikanischen Behörden zuerst bereiteten, sind so «vornehmer» Gastgeber wirklich nicht würdig. Besonders die britische Presse aller Richtungen hat sich denn auch für die Amerikaner regelrecht geschämt.

seinem Vorstoß in die UNO hinein einfach die Politik wieder auf, die er bis zu seinem Pariser Mißerfolg vom vergangenen Mai im Rahmen bloßer Begegnungen mit den ersten Staatsführern der Westmächte allein verfolgt hatte. Statt der Gipfelkonferenz en petit comité, die ihm versagt blieb, hat er nun eine Gipfelkonferenz im Weltmaßstab bekommen, was seinem Temperament auch wohl besser entspricht als das diplomatisch streng umhegte Schachspiel, das ihn in Paris erwartet hätte. Er hofft, in der UNO-Versammlung genug Unterstützung für seine Abrüstungs- und Koexistenzvorschläge zu bekommen, daß die Vereinigten Staaten gezwungen wären, sich doch endlich zu ernstgemeinten Verhandlungen über die Beendigung des Kalten Krieges herbeizulassen.

Diese Hoffnung gründet sich nicht zuletzt darauf, daß — und das ist der zweite Umstand, der das Gesicht der heurigen UNO-Tagung bestimmt — nicht weniger als sechzehn meist afrikanische Staaten, die im Lauf eines einzigen Jahres ihre nationale Unabhängigkeit gewonnen haben, in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen worden sind, eingeschlossen Nigeria, das bei weitem volkreichste Land Afrikas, das am 1. Oktober von britischer Oberherrschaft freigeworden ist. Die UNO ist damit aus dem Anhängsel und Werkzeug der amerikanisch-westmächtlichen Politik, das sie so lange war, wohl endgültig eine Vereinigung von Staaten geworden, die mehrheitlich gegebenenfalles auch *gegen* den Westblock in Bewegung gesetzt werden können, selbst wenn in ihrem Kreis die Chinesische Volksrepublik fehlt, die aus guten Gründen von der Washingtoner Regierung der UNO ferngehalten wird.

Natürlich hoffen die Vereinigten Staaten ihrerseits, die neuen UNO-Mitglieder und recht viele der alten aus dem Lager der «blockfreien» Nationen für sich gewinnen und so die UNO ihre klassische Rolle als größtes Propagandaorgan der «freien Welt» weiterspielen lassen zu können. Allein das ist keineswegs so einfach. «Die ‚neuen' Nationen, die (in der UNO) den Ausschlag geben, sind», wie der «New Statesman» (17. September) schrieb, «nicht überzeugt, daß die schönen Erklärungen über westliche Demokratie irgendwie mehr sind als ein Schirm, hinter dem die alten imperialistischen Praktiken weiterbetrieben werden können.» Es brauche schon, so meint das britische Labourblatt, «einen Umschwung in der westlichen Politik», um zu verhindern, daß sich das Stimmengewicht in der UNO zuungunsten des Westens verschiebe — eine neue Politik der Westmächte also in bezug auf Abrüstung und Westdeutschland, auf Kolonialismus, Algerien, Südafrika, auf China, Kuba und so fort. Anderseits denken die «neuen» Nationen und der asiatisch-afrikanische Block auch nicht daran, auf die gegenwärtige Linie der Sowjetpolitik einzuschwenken, so nahe sie ihr vielfach kommen mögen. Für all diese Völker spielt eben der Gegensatz von West- und Ostblock, der für unsere gewöhnliche Art zu sehen den Angelpunkt der ganzen Weltpolitik bildet, sachlich nur eine

ganz untergeordnete Rolle; ihnen ist es in erster Linie um die Befreiung und den Aufstieg der bisher unterentwickelten Länder zu tun und natürlich auch darum, daß aus dem West-Ost-Konflikt nicht ein dritter Weltkrieg herausspringt. In diesem Sinn ist *ihre* Haltung ausgesprochen neutralistisch, keinem der beiden großen Machtlager zugewandt, und es ist kaum zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß die Welt der neutralen Völker mehr und mehr zu einer jener Kräfte heranwächst, an deren Wirksamkeit sich unsere Hoffnung auf Vermeidung eines atomaren Vernichtungskrieges knüpft.

Der Kampf um den Kongo Die neutralistische Haltung des asiatisch-afrikanischen Blocks (der freilich ganz und gar nicht als fugenloses Einheitsgebilde anzusehen ist) macht sich besonders auch in den Auseinandersetzungen der UNO-Versammlung über die *Kongofrage* bemerkbar. Im Westlager sucht man zwar die Entschließung zur Kongofrage, die an der außerordentlichen UNO-Tagung (unmittelbar vor Eröffnung der ordentlichen Session) mit den Stimmen der Westmächte und des asiatisch-afrikanischen Blocks, aber gegen diejenigen des Ostlagers angenommen wurde, als deutliches Zeichen einer westlichen Orientierung der «neuen» Nationen darzustellen. Daran ist soviel richtig, daß die Annahme dieser Resolution eine empfindliche Schlappe der Sowjetunion bedeutet, die die Aktion der UNO im Kongo heftig kritisiert und darauf gerechnet hatte, daß auch die neutral-unabhängigen Staaten Afrikas von der UNO abrücken und Hilfe vom Ostblock erwarten würden. Das war gewiß eine Verkennung der Grundlinie, der die Kongo- und überhaupt die Afrikapolitik dieser Staaten folgt. Aber ebenso gewiß ist, daß sich die Neutralen keineswegs von einem grundsätzlichen Antikommunismus im westmächtlichen Sinn oder gar von einer besonderen Vorliebe für die «amerikanische Linie» bestimmen lassen. Ihr Leitgedanke ist vielmehr: Weder Kolonialismus noch Kommunismus, sondern nationale Selbstbestimmung ohne interessierte ausländische Einmischung. Da aber der Kongo noch lange nicht auf eigenen Füßen stehen kann, glaubt er wenigstens die *uninteressierte* Hilfe der UNO annehmen zu müssen, deren Autorität zu stärken und für die Erhaltung der gebietlichen Einheit der Gesamtrepublik nutzbar zu machen eine Lebensnotwendigkeit für den Kongo sei.

Diesem Leitgedanken entsprechend unterstützten die Staaten des asiatisch-afrikanischen Blocks, zusammen mit der Sowjetunion, die UNO bei der Vertreibung der belgischen Truppen aus dem Kongo und bei der Abwehr der Abfallbewegung im Katanga und in Kasai, hinter der offenkundig kapitalistisch-kolonialistische Interessen standen und stehen. Als aber die Sowjetunion Miene machte, die UNO-Aktion im Kongo *grundsätzlich* anzugreifen und sie einfach mit Hörigkeit gegenüber kolonialistischen Interessen gleichzusetzen, da stellten sie sich wiederum hinter die Vereinten Nationen und ihren so scharf

angefeindeten Generalsekretär und rückten von dem sowjetischen Resolutionsentwurf ab, der den Weg zu einem Eingreifen afrikafremder Mächte außerhalb der UNO-Aktion bahnen wollte. Daß dies keine Parteinahme für die westmächtliche Politik war, ging besonders deutlich aus der Rede Nkrumahs, des Ministerpräsidenten von Ghana, hervor, der darauf bestand, daß das UNO-Kommando ausdrücklich angewiesen werden sollte, die «rechtmäßige Regierung» Lumumba-Kasavubu zu unterstützen, alle «Privatarmeen», vor allem diejenige des Katanga, aufzulösen und die Einheit und Unverletzlichkeit des Gebietes der Kongorepublik zu sichern. Das sind alles Forderungen, die der westmächtlichen Linie zum mindesten nicht entsprechen und sich eher der sowjetischen Linie nähern.

Bei alldem bleibt die Frage offen, ob die Aktion der Vereinten Nationen im Kongo wirklich so korrekt und unantastbar war und ist, wie sie von den Westmächten und von Generalsekretär Hammarskjöld selbst hingestellt wird. Daß die sowjetischen Angriffe auf die UNO in ihrer Verallgemeinerung und Maßlosigkeit ungerecht sind, steht für mich fest. Aber der Verdacht ist einfach nicht abzuweisen, daß die Kolonialisten und ihre Freunde alles aufbieten, um die UNO-Aktion in ihren Dienst zu stellen. «Die Vereinigten Staaten», so schrieb beispielsweise die liberale Londoner «News-Chronicle» am 7. September, «üben einen Druck auf Hammarskjöld aus, um ihn zu viel größerer Härte im Kongo zu veranlassen. Es besteht sogar Grund zur Annahme, daß die Vereinigten Staaten lange Zeit nach Mitteln suchten, um Lumumba zu stürzen, ein antikommunistisches Regime aufzurichten und die Ordnungskräfte zu entwaffnen.» Hat Hammarskjöld diesem Druck wirklich immer genügenden Widerstand geleistet? Und wird sich die Aktion der Vereinten Nationen nicht zuletzt doch noch so auswirken, daß der Katanga ein von der Zentralregierung in Léopoldville unabhängiger, dafür aber um so mehr von der Union Minière abhängiger Staat wird und der Rest der Kongorepublik zu einem vorerst wirtschaftlich wie politisch ohnmächtigen Gebilde herabsinkt, das in irgendeiner Form unter den Einfluß der Westmächte gerät?

Hammarskjöld hat in seiner Antwort auf Chruschtschews Angriffe kaum etwas gesagt, was uns in bezug auf die vergangene und künftige Aktion der UNO besonders beruhigen könnte, es sei denn, daß er — mit Recht — sehr stark betonte, wie verhängnisvoll sein Rücktritt in der gegenwärtigen Lage auf die Entwicklung im Kongo, ja auf die ganze Tätigkeit der UNO einwirken würde. Er hat damit einen billigen Sieg über Chruschtschew davongetragen; aber der sowjetische Staatsführer hat sich diesen neuen Mißerfolg selber zuzuschreiben, verdirbt er doch mit seiner ungezügelten Sprache und seiner grobschlächtigen Taktik regelmäßig auch die beste Sache, die er vertreten mag. Das gilt für seine Kongopolitik; es gilt für seinen Vorschlag, die Leitung der UNO gründlich umzugestalten (eine Notwendigkeit, die sich infolge des Anwachsens der Zahl der UNO-Mitglieder von 51 auf

fast 100 und des rasch zurückgehenden Einflusses Nordamerikas und Westeuropas früher oder später sicher durchsetzen wird), und es gilt nicht minder für die Art und Weise, wie er sich für die so dringend gebotene Aufnahme Chinas in die Organisation der Vereinten Nationen einsetzte. Die Westmächte und ihre Anhänger hatten und haben es unter diesen Umständen wirklich leicht, vom sachlichen Gehalt der sowjetischen Anträge abzulenken und mit der Inszenierung moralischer Entrüstung gegen das *Auftreten* Chruschtschews auch das innere *Recht* seiner Sache und das Unrecht der Westpolitik zu verdunkeln. Chruschtschew ist so ein wahres Teufelsgeschenk für die Westmächte; sie müßten den «wilden Mann aus dem Kreml» geradezu erfinden, wenn sie ihn nicht schon hätten. Wir andern aber müssen es klar aussprechen, daß dem Frieden und der freundschaftlichen Zusammenarbeit der Völker nur dient, wer auch aus dem *Geist* des Friedens heraus redet und handelt, nicht aus dem Geist des Krieges, dem alle Mittel recht sind, um den Gegner zu unterwerfen oder ihn überhaupt zu «liquidieren» — seien es auch «nur» die Mittel des *Kalten* Krieges: Haß, Verhetzung, Verdrehung, Verdächtigung und dergleichen Propagandakünste. Damit soll keineswegs einer Verwischung der Gegensätze und einer falschen Versöhnlichkeit das Wort geredet sein. Ich bin gewiß der Letzte, der dafür zu haben wäre, bemühe mich vielmehr immer, gegenüber allem oberflächlichen «Friedenmachen» die unheimliche Macht der Kriegskräfte in all ihren Erscheinungsformen klarzustellen. Aber eben darum dürfen wir uns nicht selber vom Kriegsgeist anstecken lassen und im Dienst des «Friedenslagers» tatsächlich nur den Gegner moralisch und propagandistisch zusammenhauen wollen, statt durch den Beweis friedfertiger Gesinnung, den wir auch in unserer Kampfführung erbringen, mit Hilfe anderer Friedenskräfte seine Gefährlichkeit zu bändigen und eine unkriegerische Koexistenz mit ihm zu ermöglichen, die mehr und mehr zu einem echten Friedenszustand werden kann.

Wer will abrüsten? Für den Kampf um die *Abrüstung* ist das natürlich ganz besonders wichtig. Die Abrüstungsfrage ist zwar unter amerikanischem Druck als eigenes Geschäft zunächst von der Tagesordnung der UNO-Versammlung abgesetzt worden; aber selbstverständlich steht sie auch so hinter allen möglichen Streitgegenständen, die die Versammlung beschäftigen, und sowohl der amerikanische Staatspräsident als der sowjetische Ministerpräsident hat ihr in den Programmreden, die die ganze Tagung eröffneten, stärkste Aufmerksamkeit geschenkt. Nur ist *Eisenhower* eben wieder völlig in jenen konservativ-konventionellen Gedankengängen stecken geblieben, die von westmächtlicher Seite sozusagen automatisch vorgebracht werden, sobald die Abrüstung aufs Tapet kommt, und die mit ihrem Gestrüpp von Vorbedingungen und Zaudermaß-

nahmen die Abrüstung um keinen Schritt vorwärts bringen. Das ist auch nur zu begreiflich. Die Vereinigten Staaten und die Westmächte überhaupt *können* ja gar nicht abrüsten, ohne ihre ganze auf die «Ein dämmung» oder Zerschlagung des Kommunismus gerichtete Weltpolitik aufzugeben. Wie an dieser Stelle (im Juli-August-Heft) neuerdings gezeigt wurde, hätte der Verzicht auf die ständige Bereitschaft zum Losschlagen und auf die Unterhaltung dutzender von Militärstützpunkten in der ganzen Welt herum für die Vereinigten Staaten den Zusammenbruch ihrer ganzen Machtstellung in Europa wie in Nordafrika, in Vorderasien wie im Fernen Osten zur Folge und würde eine völlige Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik voraussetzen — eine Umstellung, zu der die herrschenden Kreise in den USA noch nicht entfernt bereit sind, so unausweichlich sie auch tatsächlich ist. Von den politischen Erwägungen abgesehen, die eine ernsthafte Abrüstung für die Vereinigten Staaten gegenwärtig ausschließen, wirken auch zwei andere Gründe machtvoll in der gleichen Richtung. Einmal das bekannte Interesse der amerikanischen Rüstungsindustrie an der Sicherung der riesigen, so überaus gewinnbringenden Militärlieferungen, und sodann die Überzeugung der Militärkreise, in der *Polaris-Rakete* eine Waffe entwickelt zu haben, die den sowjetischen Atomwaffen eindeutig überlegen sei. Der geglückte Abschuß einer Polaris-Rakete am 20. Juli 1960 wird sogar als der Beginn einer neuen Kriegstechnik gefeiert, die das west-östliche Kräfteverhältnis entscheidend umzugestalten geeignet sei. So wird unter der Überschrift «Die neue Strategie» in einem Artikel des amtlichen Bulletins der westdeutschen Regierung (Nr. 137, 1960) über die Polaris gesagt:

«Ihr Geschoßkörper ist außer der bombentragenden Spitze zweistufig. Ihre Nutzlast, wenn in Fusionsexplosivstoffen, dürfte bei Volltreffer genügen, um eine Stadt mittlerer Größe völlig zu vernichten: ein Mehrfaches der Hiroshima-Bombe ... Es handelt sich also um eine hochwertig leistungsfähige Waffe. So *erbaulich* diese Tatsachen an sich sind, und so sehr sie die Vollendung amerikanischer Produktionsmethoden beweisen, so ist mit solcher Feststellung doch keineswegs eine ausschöpfende Bewertung des geglückten Kap-Canaveral-Tests gegeben ...»

Und das Bulletin ergänzt die Bewertung:

«Die Polaris ist beweglich. Sie hat keinen festen Abschußstandort notwendig. Außer den U-Booten können sogar Eisenbahnwaggons als Rampe dienen. Durch ihre Reichweite macht sie es möglich, daß mit einigen U-Booten vom Mittelmeer, der Nordsee, dem Pazifischen Ozean aus sowohl das europäische Rußland bis hinter Moskau als auch die wichtigsten strategischen Teile des asiatischen Sowjetgebietes mit Atombomben belegt werden können und daß diese *Angriffsposition* ausreichend sicher ist, solange die Sowjets keine genügenden neuen Verteidigungsmittel aufgebracht haben, die in der Lage sind, die

U-Boote unter Wasser anzupeilen und sie dann ihrerseits mit Bomben zu belegen. Eine der Hauptsorgen der Amerikaner gilt infolgedessen zurzeit den Versuchen, die U-Boote noch geräuschloser zu machen.»

Ein Mitarbeiter der «Deutschen Woche» (München, 24. August 1960), der wir dieses Zitat entnehmen, bemerkt dazu: «In der Tat scheint es bei dem gegenwärtigen Stand der Technik noch kein zuverlässiges Verfahren zu geben, mit dem ein atomar getriebenes Unterseeboot rechtzeitig geortet und mitsamt seiner Raketenlast vernichtet werden kann. Auf dieser Annahme basiert die amerikanische Auffassung, daß mit der Kombination von Atom-U-Boot und Polaris-Rakete eine ideale Angriffswaffe gefunden sei ... Auf die enorme Tauchfähigkeit der atomgetriebenen U-Boote anspielend, die sich notfalls monatelang unter die Eiskappe der Arktis legen können, um dann plötzlich und unerwartet zum Angriff vorzugehen, triumphiert man in militärischen Veröffentlichungen darüber, daß die 5000 Kilometer lange Nordküste der Sowjetunion jetzt praktisch ungedeckt sei.»

Die ohnehin große Versuchung, einen Präventivkrieg gegen die Sowjetunion zu entfesseln, wird durch die Verfügbarkeit von Polaris-Raketen für die Militär- und Staatsführung der Vereinigten Staaten unzweifelhaft noch größer. Auf alle Fälle aber verstärkt die Existenz der neuen Waffe den Widerstand gegen jegliche Abrüstung in der amerikanischen Führungsschicht ganz wesentlich, so daß *Chruschtschews Vorschlag einer radikalen, dreistufigen Abrüstung*, wie er ihn vor der UNO-Versammlung neuerdings entwickelt hat, nun erst recht keine Aussicht hat, irgendwie ernstgenommen zu werden. Mit seinen unnötig verletzenden Schärfen und Anklagen hat der sowjetische Ministerpräsident freilich auch hier nicht diejenige Sprache gefunden, die ihn zum Fahnenträger der Friedens- und Abrüstungsbewegung in aller Welt machen könnte, so bedeutungsvoll es auch bleibt, daß der verantwortliche Regierungschef einer Militärmacht ersten Ranges die vollständige Abschaffung aller Armeen zu einem Eckstein seiner Politik gemacht hat. Bei *solcher* Haltung und Kampfführung wird eben auch von der Ostseite her kein entscheidender Schritt zur Abrüstung möglich werden. Und die Überzeugung verstärkt sich mehr und mehr, daß nur *einseitiges*, wagemutiges Vorgehen eines der neuen Wirklichkeit gegenüber ganz aufgeschlossenen Staates den Durchbruch durch die Mauer der Kriegsrüstungen herbeiführen kann, die zum Einsturz gebracht werden *muß*, soll sich das Gesetz, daß Rüstungen den Krieg nicht verhindern, sondern herbeiführen, nicht auch hier erfüllen.

Am stärksten scheint diese Überzeugung ins *englische* Volk eingedrungen zu sein. Die Führer der Bewegung gegen atomare Aufrüstung schätzen, daß schon 40 oder mehr Prozent der Bevölkerung Großbritanniens bereit seien, die Hand zu einem einseitigen Verzicht auf Atomwaffen zu bieten. Man sagt sich in England eben ganz nüchtern, daß — was es auch mit der abschreckenden Wirkung von Atomwaffen im gegenseitigen Verhältnis von Großmächten auf sich habe —

der Besitz von Kernwaffen für ein kleines Inselland wie Großbritannien einfach selbstmörderischer Unsinn ist. Denn wenn England als erstes seine Atomwaffen benütze, so könne es den Gegner ja doch nicht tödlich treffen und werde durch dessen Vergeltungsschlag nur selbst vernichtet; werde es aber angegriffen, so werde es zerstört sein, bevor es zum Gegenschlag ausholen könne.

Für England, das einem Block angehört, der keinen Angriff zu fürchten hat, ist es natürlich auch viel leichter, den Irrsinn *aller* Kriegsrüstungen einzusehen, als zum Beispiel für die Sowjetunion, die seit ihrer Geburt immer wieder vom Westen her angegriffen wurde und daran fast zugrundegegangen ist. Trotzdem ist es eine Tat, daß der jüngste Labourparteitag unter dem Druck großer Gewerkschaften, wenn auch mit schwacher Mehrheit, sich zur Notwendigkeit einer einseitigen atomaren Abrüstung als erstem Schritt zu einer Gesamtabrüstung bekannt hat. Und es wirft ein schlechtes Licht auf die innerparteiliche Demokratie in der Labourbewegung, daß der Parteiführer Gaitskell, gegen dessen national-konservative Politik der Beschluß von Scarborough im besonderen gerichtet war, zynisch erklärt hat, über den Kurs der Partei entscheide nicht der Parteitag, sondern die Parlamentsfraktion, in der die «Apparatleute» und Ministeraspiranten naturgemäß die vorwärtsdrängenden Kräfte weitaus überwiegen. Mit ihrer Hilfe ist es Gaitskell ja auch gelungen, den grundlegenden Artikel im Labourprogramm über die Sozialisierung der großen Wirtschaftsmittel so verwässern zu lassen, daß die selbstherrliche Parlamentsfraktion damit anfangen kann, was sie will. Die Labourpartei ist nun auf jeden Fall in eine akute Krise geraten, von der kein Mensch vorauszusagen vermag, wie sie sich weiterentwickeln wird.

Berlin und Deutschland Ob auch die Frage von Berlin und Gesamtdeutschland in den UNO-Verhandlungen eine größere Rolle spielen wird, steht dahin, so eng sie mit dem Abrüstungsproblem verknüpft ist. Die beiden deutschen Teilstaaten sind ja ohnehin nicht Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen. Sicher ist aber, daß sich der zähe Kampf um die Zukunft Berlins und Deutschlands überhaupt, der sich seit Jahr und Tag zwischen Ost- und Westblock abspielt, einer neuen gefährlichen Kraftprobe nähert. Der Versuch der westdeutschen Regierung, durch Abschnürung des Wirtschaftsverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten die DDR so schwer als möglich zu schädigen, zeigt bereits, wie bedenklich weit die Dinge gediehen sind. Und anderseits hat Chruschtschew in Neuyork abermals auf die Notwendigkeit einer Endlösung der deutschen und der Berliner Frage hingewiesen, die er sich als Ergebnis einer West-Ost-Konferenz zu Beginn des nächsten Jahres vorstellt, für deren Durchsetzung aber vorderhand alle Voraussetzungen fehlen.

Das ist vor allem die Schuld der westdeutschen Regierung, die sich

mit ihrer planmäßigen militärischen Aufrüstung ein Druckmittel zu schaffen sucht, dessen Einsatz — auch wenn es nicht zum Krieg kommen sollte — über die Einverleibung Ostdeutschlands in die Bundesrepublik hinaus einen mehr oder weniger großen Teil der 1945 verlorenen übrigen *Ostgebiete* ins wiedervereinigte Reich zurückführen soll. Anders kann man es sich kaum erklären, daß verantwortliche westdeutsche Staatsmänner — so neuerdings Bundeskanzler Adenauer, Vizekanzler Erhard und Minister Seebohm — immer und immer wieder die Polen, Russen und Tschechoslowaken zur Herausgabe ihrer neuen, ehemals deutschen Gebietsteile auffordern, obwohl sie genau wissen, daß diese Völker das gut- und freiwillig nie tun werden, und daß ein Krieg um die Wiedergewinnung des Verlorenen den gemeinsamen Untergang aller Beteiligten bedeuten müßte. Und wenn die Bonner Regierungsredner es andauernd als schreiendes Unrecht anprangern, daß den bei Kriegsende vertriebenen Deutschen das «Recht auf Heimat» verweigert werde, so erinnert Jens Daniel im «Spiegel» (7. September) zutreffend daran, daß «Russen, Polen und Tschechen zusammen den Deutschen bis zum heutigen Tag nicht halb soviel mordlüsternes Unrecht angetan (haben), wie wir den Ostvölkern ... Kein einziger Vertriebenen-Sprecher möchte ja in die Heimat zurück, wie sie sich jetzt darstellt. ‚Recht auf Heimat' bedeutet vielmehr, daß die uns weggenommenen Gebiete ihres derzeitigen Staats und ihrer derzeitigen Regierung wieder entkleidet werden müßten. ‚Recht auf Heimat' meint, wo es mehr als Floskel ist, Hoffnung auf gewaltsamen Umsturz». Daniel warnt darum eindringlich vor einer Fortsetzung dieser Ostpropaganda und ihrer Unterstreichung durch militärische Kraftmeierei. «Ist man sich klar», fragt er, «daß die Bundeswehr, Wachs in den Fäusten eines Um-jeden-Preis-Menschen, in Tonart und Forderungen auf eine Kraftprobe mit den Sowjets zusteuert? Hat man eine ungefähre Vorstellung, wie weit England und Frankreich, ja sogar wie weit die USA uns bei dieser Kraftprobe begleiten werden? Und ist man sich klar, daß diese Boulanger-Politik entweder im Krieg oder in einer folgenschweren Niederlage endet?»

Ähnliches gilt auch von der westdeutschen *Berliner Politik*. Das gegenwärtige Geplänkel um Westberlin, mit Reiseerschwerungen auf der einen, Wirtschaftsboykott und Handelsbeschränkungen auf der andern Seite, ist ja nur ein Vorspiel zu weit schwereren Kämpfen, die sich für eine nahe Zukunft ankündigen. Wobei man sich völlig klar darüber sein muß, daß die Berufung auf den offiziellen Rechtszustand in Berlin, den es gegen östliche Willkür zu verteidigen gelte, für die Westmächte, eingeschlossen die Bundesrepublik, nur eine Konstruktion ist, hinter der einfach gröbste Macht- und Herrschaftsinteressen stehen. Und um die vielbesungene Freiheit der Westberliner ist es ihnen auch nicht viel mehr zu tun als um die Freiheit überhaupt, die sie Arm in Arm mit einem Dutzend rassenreiner Diktatoren gegen den östlichen Kommunismus «verteidigen». Westberlin ist für die NATO-

Mächte vor allen Dingen ein unbezahlbarer Propaganda-, Militär- und Unterminierungsstützpunkt, den sie sich um jeden Preis sichern wollen, und zugleich das breite Tor für die Flucht aus der DDR, das sie ebenso unbedingt offenhalten wollen, wie die DDR es schließen möchte, für die der westliche Stützpunkt mitten in ihrem Gebiet ein zunehmend schmerzender Pfahl im Fleisch ist. *Darum* geht es in der Berliner Frage, nicht um den Viermächtestatus oder sonst eine Rechtsfrage, ist doch das ganze Rechts- und Vertragsgebäude, das die Siegermächte bei Kriegsende zum Zweck der Lösung der deutschen Frage errichtet haben, sowieso längst heillos erschüttert, ja zerstört, vor allem das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, das unter anderem die «völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands» und die «Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft» vorsieht, «dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen». Was ist aus diesem Abkommen in Westdeutschland unter den Händen der gleichen Westmächte geworden, die sich jetzt zu todesmutigen Verteidigern der Freiheit Westberlins und des heiligen Rechtes der Völker aufwerfen!

Wie sie ihre Machtstellung in Westberlin behaupten wollen, ist freilich einigermaßen unklar. «Die Hauptwaffe des Westens», so stellt der Bonner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 3182) fest, «ist seine Versicherung, daß er eine Verletzung seiner Rechte . . . nicht hinnehmen und sich dagegen mit allen Mitteln, den nuklearen Krieg eingeschlossen, zur Wehr setzen werde.» Er fügt aber selbst bei, daß der Osten es gar nicht zu einer Entscheidung kommen zu lassen wünsche, bei der sich der Einsatz der letzten, fürchterlichsten Waffe irgendwie rechtfertigen ließe. Und es ist anderseits anzunehmen, daß auch die Westmächte einer solchen Entscheidung — allen pathetischen Erklärungen zum Trotz — nach Möglichkeit auszuweichen suchen, so gefährlich es für sie werden kann, daß sie der Bonner Regierung freie Hand für den völligen Abbruch der Handelsbeziehungen mit Ostdeutschland gegeben haben. Wenn sie sehen, daß sich daraus ein Konflikt entwickelt, bei dem es wirklich auf Biegen oder Brechen geht, so werden sie vielleicht doch ihren Verbündeten zum Einlenken raten — und das würde die «freien» Deutschen doch in erhebliche Verlegenheit bringen. In der Hamburger Wochenschrift «Neue Politik» (10. September) schreibt denn auch Wolf Schenke mit Recht: «Brandt und die westdeutschen Parteien spielen mit Berlin seit dem Winter 1958 ein großes Vabanque-Spiel. Sie setzen darauf, daß die Westmächte ihnen in jeder Situation helfen müssen. . . Es wäre jedoch irre, zu glauben, daß auch nur ein Tausendstel der Bevölkerung der sogenannten ‚freien Welt' bereit wäre, für die Freiheit der Westberliner zu sterben.» Der gegenwärtig von Bonn und Westberlin gesteuerte Kurs kann so zu einer schweren Enttäuschung für die Deutschen führen, wenn bei den Westmächten Vernunft und Vorsicht die Oberhand ge-

winnen — oder aber zum Krieg, wenn die Berliner Frage von ihnen so dramatisch hochgespielt wird, daß sie ihre Völker wirklich in die allvernichtende Katastrophe hineinjagen können. Das eine wie das andere, so folgerte Schenke, kann vermieden werden, wenn Westdeutschland ein neues Verhältnis zur Sowjetunion gewinnt. «Wir brauchen», sagt er, «eine Regierung, in die Rußland Vertrauen hat, obwohl sie den Kommunismus in Deutschland nicht will. Dieses Vertrauen ist nur dadurch zu erwerben, daß man

1. für ein wiedervereinigtes Deutschland fordert, daß es keinem der beiden gegeneinander stehenden Bündnissysteme angehört. Noch in Wien hat *Chruschtschew* erst vor kurzem die Möglichkeit einer deutschen Neutralität als einen Segen für alle Völker bezeichnet,

2. bei der bestimmtesten Ablehnung des Kommunismus als Lebensform für uns selbst sich jeder Äußerung und Handlung enthält, die auf einen von außen bewirkten Umsturz im östlichen Machtbereich zielt,

3. den Russen und den anderen Ostvölkern ohne die Überheblichkeit, die heute weitgehend noch verbreitet ist, bei entschiedener Wahrung der eigenen unveräußerlichen Lebensinteressen wohlwollend begegnet, indem, ebenso wie es im Westen geschehen ist, ein Schlußstrich mit den gegenseitigen Abrechnungen aus der Vergangenheit gemacht wird,

4. in Deutschland jene dritte Gemeinschaftsordnung jenseits von Kommunismus und Kapitalismus verwirklicht, die allein dem industriellen Zeitalter angemessen ist und auf die im Grunde sich die Dinge in Ost und West auf verschiedenen Wegen hinentwickeln, ohne daß das Verhaftetsein in alten ideologischen Vorstellungen es erkennen läßt.

Eine solche neue Haltung würde Wunder bewirken, nicht von heute auf morgen, aber doch beharrlich über eine Reihe von Jahren verfolgt.»

Kann man noch hoffen, daß sich ein solch neues Verhältnis Westdeutschlands zur Sowjetunion *rechtzeitig* durchsetzt?

Die Revolutionierung Lateinamerikas Einen nicht geringen Raum werden an der UNO-Tagung bestimmt die Probleme *Lateinamerikas* einnehmen. Der von Fidel Castro in seiner Riesenrede bereits mit Leidenschaft gesetzte Ausgangspunkt ist dabei *Kuba* und seine Revolution, von der in unserer letzten Weltrundschau einläßlich die Rede war. Sie ist — um es zu wiederholen — in erster Linie eine Agrarrevolution, hat aber unzweifelhaft die große Mehrheit des ganzen Volkes hinter sich, obwohl sie den Umständen entsprechend in Form einer Diktatur durchgeführt wird. Ganz logischerweise wurde die Revolution dazu gedrängt, die Kernstellungen der kapitalistischen Wirtschaftsmacht überhaupt zu zerstören, Schritt für Schritt den großen Privatbesitz in Landwirt-

schaft, Industrie und Handel — der vorwiegend in nordamerikanischen Händen lag — in Volkseigentum zu verwandeln und sich im Kampf gegen die kapitalistischen Mächte des Auslands an die kommunistischen Länder anzulehnen.

Es ist eine große Leistung des neuen Regimes, daß diese ganze tiefgreifende Umwälzung mit einem Mindestmaß von Gewalttätigkeit vollzogen worden ist. Wie sogar in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 3135) festgestellt wird, «macht das Land einen durchaus geordneten Eindruck, und bisher hat es sich auch gezeigt, daß genügend Leute vorhanden sind, um die zahlreichen vom Staat übernommenen ausländischen Betriebe weiterzuführen». Der Verfasser dieses Berichts über Kuba, Victor Meier, stellt auch unzweideutig fest, daß «die Kommunisten und ihre Protektoren . . . kein großes Eigengewicht innerhalb der revolutionären Bewegung besitzen», und daß die Sowjetunion sich der kubanischen Revolution gegenüber, die sie als Rivalin empfinde, eher vorsichtig und zurückhaltend benehme. Um so mächtiger sei die «antiamerikanische Grundwelle», die über Kuba hingehe — und nicht nur über Kuba. Fidel Castro fühle sich «als ein von der Vorsehung gesandter Volkserlöser, der die zweite Befreiung ganz Lateinamerikas, diesmal nicht von Spanien, sondern vom ‚Yankee-Imperialismus' zu vollbringen berufen sei». Und die Wahrscheinlichkeit ist tatsächlich groß, daß das kubanische Beispiel im übrigen Lateinamerika mehr und mehr ansteckend wirkt. Das betont im «New Statesman» (17. September) auch Paul Johnson, der Mittel- und Südamerika bereist hat. Er bezweifelt, daß die soziale und nationale Befreiung der lateinamerikanischen Länder anders als durch diktatorische Mittel erreicht werden könne. Bürgerliche Demokratie mit Wahlen und Volksabstimmungen müsse wirkungslos bleiben, solange die wirtschaftliche Macht der kapitalistischen Klasse ungebrochen weiterbestehe. «Lateinamerika besitzt darum nicht die Möglichkeit, auf reformistischem Weg vorwärtszukommen; der einzige Weg zum Fortschritt ist für es eine echte Revolution, eingeschlossen die konfiskatorische Enteignung der besitzenden Klassen und ihres Verbündeten, des ausländischen Kapitals.» Wenn diese Revolution nicht rechtzeitig vollzogen werde, werde sie eben wohl in kommunistische Hände geraten.

Was können, so fragt Johnson, die Vereinigten Staaten hiegegen tun? Ihre gegenwärtige Politik gegenüber Kuba und anderen lateinamerikanischen Ländern sei auf jeden Fall gänzlich verfehlt, weil sie «Fidelismus» und Kommunismus einfach gleichsetze. Es komme darum alles darauf an, daß man in den Vereinigten Staaten den wahren Charakter des lateinamerikanischen Nationalismus erkenne und den mittel- und südamerikanischen Ländern durch großzügige Hilfe aus ihren erschreckenden Wirtschaftsnöten heraushelfe. Von der Eisenhower-Regierung sei hier freilich nichts zu erwarten; aber wenn Kennedy, der demokratische Präsidentschaftskandidat, im November ge-

winne, so bestehe Aussicht, daß eine neue Generation ans Ruder komme und nicht nur die kubanische Revolution anerkenne, sondern auch eine Wirtschaftshilfe für ganz Lateinamerika im Stil des Marshallplanes — der amerikanischen Wirtschaftshilfe für Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg — ins Werk setze. Die unvermeidlich gewaltsamen Umwälzungen, denen Lateinamerika entgegengehe, könnten dadurch auf ein erträgliches Maß beschränkt werden. «Die reichen Nationen haben eine schwere Schuld wiedergutzumachen gegenüber einem Erdteil, den sie so ruchlos ausgeplündert haben.»

Konservatives Nordamerika Wird sich diese Hoffnung auf eine Wendung in der nordamerikanischen Haltung gegenüber einem revolutionären Lateinamerika erfüllen? Daß vom *republikanischen Regime* in den Vereinigten Staaten in dieser Beziehung nichts mehr zu erwarten steht, ist freilich sicher; der außenpolitische Mitarbeiter der «Detroit News» (2. September) stellt unverblümt fest, daß die 600 Millionen Dollar, die die Bundesversammlung als zusätzliche Hilfe für Lateinamerika bewilligt hat, nur «ein Teil unseres Programmes zur Unterwühlung der Macht des kubanischen Ministerpräsidenten Castro» sind. Aber wird vielleicht eine demokratische Regierung eine wirklich neue Politik einleiten und die Revolutionierung Lateinamerikas fördern, statt sie zu bekämpfen? Ich glaube es nicht. Das Äußerste, was möglich scheint, ist, daß die Vereinigten Staaten sich mit der Aussicht auf eine gewisse soziale und nationalistische Umwälzung in Lateinamerika abfinden, aber gleichzeitig versuchen werden, sie irgendwie zu kanalisieren, also sie für den Kapitalismus und besonders für ihre eigene Machtstellung unschädlich zu machen, wenn sie nicht ihre Wirtschaftshilfe geradezu benützen, um die Ansätze zu einer sozialistischen Ordnung zu zerstören, wie sie es mit Erfolg nach 1945 mit dem Marshallplan gemacht haben. Es ist eben ganz allgemein gesprochen höchst unwahrscheinlich, daß die nordamerikanische Außenpolitik aus ihrem kapitalistischen Geleise durch einen bloßen Wechsel der regierenden Partei herauskommt. Die Interessen der kapitalistischen Klasse erfordern nun eben einmal — neben der Sicherung von Rohstoff-, Absatz- und Kapitalausfuhrgebieten — den weltweiten Kampf gegen die soziale Umwälzung, der überall der Stempel «Kommunimus» aufgedrückt wird — auch in Kuba, auch im übrigen Lateinamerika. Und hier sind sich die beiden großen Parteien, die um die Beherrschung der Regierungsmaschinerie kämpfen, durchaus einig. Ihre Führer geben fortwährend Erklärungen über die Außenpolitik ab, die ihre Partei im Fall ihres Wahlsieges betreiben werde. «Aber», wie die Neuyorker «Monthly Review» (Septemberheft) schreibt, «kein einziger von ihnen hat einmal irgendwelche Kritik an den Grundsätzen der amerikanischen Politik geäußert oder vorgeschlagen, daß sie in irgendeiner wichtigen Hinsicht geändert

werde. Die Demokraten kritisieren natürlich die Fehlleistungen der Regierung Eisenhower (was leicht genug ist) und behaupten, wenn sie an der Macht seien, würden keine Fehlleistungen mehr vorkommen (was zum mindestens zweifelhaft ist). Wenn es aber darum geht, die außenpolitischen Niederlagen der jüngsten Vergangenheit zu erklären und Rezepte für die Zukunft zu verschreiben, dann machen die Demokraten gemeinsame Sache mit den Republikanern, geben alle Schuld den bösen Kommunisten und rufen nach Verschärfung des Kalten Krieges und Beschleunigung des Wettrüstens.»

Der nordamerikanische Kurs gegenüber Lateinamerika wird sich darum, unter dem Druck kapitalistischer Interessen, in absehbarer Zeit *grundsätzlich* so wenig ändern wie der Kurs der USA-Weltpolitik überhaupt. Dies obwohl diese Politik seit zehn, zwölf Jahren eine Niederlage um die andere einstecken mußte. Um nur an die jüngste Vergangenheit zu erinnern: was in Südkorea, in der Türkei, in Japan geschah, was in Laos und Kuba, was sich um den U-2-Flug mit seinen unglaublichen Fehlgriffen der Washingtoner Regierung herum abspielte, das hat die moralische Stellung der Vereinigten Staaten in der Welt immer mehr erschüttert, und alle Propaganda- und Manövrierkünste, die an der UNO-Versammlung aufgeboten werden, können nicht mehr verhindern, daß die Unfähigkeit der herrschenden Klasse der USA, die Weltprobleme lösen zu helfen, immer klarer an den Tag kommt. Ein Umschwung in der Gesamthaltung der Vereinigten Staaten wird freilich erst eintreten, wenn das Versagen ihrer Außenpolitik sehr fühlbar auch auf ihre Wirtschaftslage zurückwirkt oder aus anderen Gründen die kapitalistische Klassenstruktur Amerikas erschüttert wird. Und die Macht, die alles Weltgeschehen beherrscht, wird dafür sorgen, daß dieser Zeitpunkt eintritt, bevor die Gegenmächte Gelegenheit haben, sich aus ihrer politischen und wirtschaftlichen Ausweglosigkeit in die Verzweiflungstat einer Kriegsentfesselung zu flüchten!

10. Oktober *Hugo Kramer*